

Sparkassen



Zeitung

Nummer 2 | Februar 2011 | 98. Jahrgang

„Wir haben eine gute Basis für die Emotionsführerschaft“

Interview mit Generaldirektor Andreas Treichl



„Der Politik ist es gelungen, die österreichischen Banken als Mitverursacher der Krise darzustellen, was diese aber nachweislich nicht sind.“

Sparkassenzeitung: Warum ist es eigentlich so schwer, politischen Entscheidungsträgern wie der Stimme des Volkes den Unterschied zwischen dem Geschäftsmodell des – wie Sie einmal gesagt haben – langweiligen Retailbanking und den Zockereien der Investmentbanker klarzumachen?

Treichl: Die Politik hat in diesem Zusammenhang Beachtliches geleistet: Sie hat ihre Kompetenz zur Vereinfachung wesentlich gesteigert, und ihre Kunst, die Dinge so darzustellen, wie sie in der Realität nicht sind, hat ein hohes Maß erreicht. Was aber möglicherweise darauf zurückzuführen ist – aber das sagen nur böse Gemüter –, dass sie die Realität

tatsächlich so einfach sieht. Mangels nationalen Feindbilds hat es die Politik geschafft, etwa Sparkassen oder Raiffeisenbanken zu Zockern umzufunktionieren, und somit auch für Österreich ein entsprechendes Feindbild zur Finanzkrise erarbeitet. Dass auf diese Weise Art und Funktionsweise der österreichischen Banken in einem völlig falschen Licht dargestellt werden, damit müssen wir leben. Ebenso mit der öffentlichen Stimmungslage, die meint, kräftige Besteuerung der Banken sei sinnvoll und notwendig. Es ist uns nicht gelungen, der breiten Öffentlichkeit klar zu vermitteln, dass die Sparkassen, Raiffeisen und die Bank Austria den Steuerzahler auch in der Krise nichts gekostet haben,

sondern dass der Fiskus einen sehr schönen Ertrag lukriert hat. Es gibt aber sehr wohl Finanzdienstleister, die den Staat etwas kosten werden: Das sind Institute, die sich im gebietskörperschaftlichen Eigentum befinden haben.

Wie kann man diese extreme Schiefelage korrigieren?

Das geht nicht über Medienarbeit, das geht nur durch Beibehalten offener und ehrlicher Arbeit gegenüber unseren Kunden.

Glauben Sie, dass es in einem Land, in dem das Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge besser ist als in Österreich, leichter ist, diese Dif-

MEINE MEINUNG



Gemeinsam mit mündigen Kunden

Michael Ikrath
Generalsekretär
des Sparkassenverbandes

Flurschäden der Finanzkrise sind noch auf Schritt und Tritt sichtbar: Da ist einmal die schmerzliche Tatsache, dass Politik und große Teile der veröffentlichten Meinung hierzulande die Banken undifferenziert über einen Kamm scheren. In so gut wie allen Maßnahmen, die auf Spekulationen aller Art zurückzuführende Turbulenzen in Zukunft verhindern sollen, ist keine Unterscheidung zwischen dem Geschäftsmodell der traditionellen, soliden Kundenbanken und jenem der wesentlich riskanter agierenden Investmentbanken erkennbar. Kein Wunder also, wenn auch in der öffentlichen Meinung „die Banken“ bzw. „die Banker“ nach wie vor den Schurken im Stück abgegeben ...

Oder vielleicht doch nicht so ganz? Waren es nicht Hunderttausende von Sparern bzw. Anlegern, die in Zeiten heftigster internationaler Finanzturbulenzen rein instinktiv gemerkt haben, dass sie bei den Sparkassen gut aufgehoben sind?

Konnten wir in den dezentralen Bankgruppen nicht auf dem Höhepunkt der Krise einen Rekord bei der Neuzufuhr von Spareinlagen verzeichnen? Auf diesem Vertrauensfundus gilt es nun weiter aufzubauen. Vertrauen ist gut, das profunde Wissen hingegen ist noch besser. Jetzt tragen auch wir in den Sparkassen ein hohes Maß an Verantwortung für das, was man mit einem internationalen Fachbegriff seit geraumer Zeit „Financial Literacy“

nennt. Darunter versteht man ausreichendes Basiswissen über die Funktionsweise einer Bank sowie solide Sockelinformation beispielsweise über Bankprodukte, Risikostufen, Konditionen oder über die diversen Auswirkungen der Zinspolitik. Hier sind wir alle gefordert!

Ein Teil der Malaise der Vorjahre war dem Umstand zu verdanken, dass manche Finanzberater oder ganze Banken Produkte verkauften, deren Wesen und Funktionsweise sie selbst nicht verstanden hatten. Geschweige denn der mit Rendite-Schalmeien gelockte Kunde ...

Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um auch den Kunden an diesen Wissensstand heranzuführen. Es geht um den mündigen Kunden, der in unserem Geschäftsmodell des soliden Sparkassengeschäfts der Partner für eine nachhaltige Geschäftsbeziehung sein soll.

Dieses konsequente Heranführen an Wissen und kompetente Entscheidungsfähigkeit ist gleichsam das Gegenmodell der Sparkassen zu den ausufernden Aktivitäten der Bürokratie und der Politik, die sich gerade in Finanzdingen in der Rolle eines kollektiven Sachwalters für den in seinem Geldleben weitgehend entmündigten Bürger sehen. Das aber ist nicht unsere Sicht der Beziehung zu Kunden. Unsere Antwort lautet: Kompetenz und Kontakt auf Augenhöhe!

SPARKASSENGRUPPE



Erste Group Immorent mit gebündelten Aufgaben

Peter Tichatschek präsentiert die neue Organisationsform

Seite 4

STEUERRECHT



„Vereinfachung des Steuersystems wäre gefragt“

WTH-Präsident Klaus Hübner zur Steuergerechtigkeit

Seite 5

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY



Mehr Mikrokredite durch die Erste Group

Sozialminister Hundstorfer kooperiert mit Andreas Treichl

Seite 5

SEKTOR NEWS

„Coffee to help“ zugunsten bedürftiger Kinder



Im Foyer der Zentrale der Waldviertler Sparkasse von 1842 wurde ein kleines Kaffeehaus aufgebaut.

Anfang Februar veranstalteten 15 Sparkassen und die Erste Bank einen Aktionstag zugunsten der Caritas. Bei Gratiskaffee sollten Kunden zum Spenden animiert werden. Neben dem Sammeln von Spenden sollte die Aufmerksamkeit auf das Schicksal von Kindern in den ärmsten Regionen Europas gerichtet werden.

Wirtschaftsempfang in Ried



VDi. Hermann Starzinger, Petra Dürrer (beide Sparkasse Ried-Haag), Autor Christian Hehenberger, Bgm. Albert Ortig und VDi. Wilfried Bachmayr (Sparkasse Ried-Haag)

„Eine Reise in die Zukunft – warum wir in das wertvollste Jahrzehnt seit 1945 eintreten werden.“ Mit dieser Frage beschäftigte sich Bestsellerautor Christian Hehenberger in seinem Vortrag beim diesjährigen Wirtschaftsempfang der Sparkasse Ried-Haag. Hehenberger ist Leiter und Eigentümer des Instituts für Marketing und Trendanalysen. Der Zukunftsforscher zeigte Analysen von wesentlichen Trends, die unser Leben, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik in den nächsten Jahren nachhaltig verändern werden. Hehenberger gab Aufschlüsse über Chancen, aber auch Risiken, die für die Zukunft in einer globalisierten Welt von besonderer Bedeutung sind. Zusätzlich präsentierte er konkrete Trend- und Marketing-Tipps, wie man Gutes im Unternehmen besser machen kann.

Malender Sparkassendirektor

Vernissage in Langenlois: Vizebürgermeister Leopold Groß, Ursinhaus-Geschäftsführer Wolfgang Schwarz, VDi. Karl Marksteiner mit seiner Frau Renate und Bezirkshauptmann Werner Nikisch



Karl Marksteiner, Vorstandsmitglied der Langenlois, ist ein talentierter und begeisteter Hobby-Maler. Im Rahmen einer Ausstellung im Ursinhaus Langenlois – Tourismusinfo und Kamptaler Spitz – auch immer wieder Schauplatz kultureller Veranstaltungen – präsentierte er eine Auswahl seiner Werke. Darunter finden sich Porträts, Stillleben und abstrakte Werke ebenso wie Landschaftsmalerei und stimmungsvolle Bilder mit Motiven aus Krems, der Wachau und vom Jakobsweg.

Ski-Event inmitten der Stadt



Beim Sparefroh-Rodeln gab es dieses Jahr einen Schulklassen-Wettbewerb.

Bereits zum fünften Mal wurde die Ski-Tellenge – ein Ski-Event mitten in der Stadt – in Waidhofen/Thaya ausgetragen. Mehr als 2000 Zuseher und 135 Starter machten Waidhofen wieder zum „Kitzbühel“ von Nordostösterreich. Eine perfekte Piste mit vor Ort produziertem Kunstschnee, genaueste Zeitnehmung und eine große Videowall, die die Schlüsselstellen der Strecke zeigte, sorgten für Skirennenfeeling. Hauptsponsor der Ski-Tellenge – benannt nach einem bekannten Lokal in Waidhofen – waren auch heuer wieder die Sparkassen des Waldviertels.

Differenzierung zwischen den Kreditinstituten zu vermitteln?

In Ländern, in denen der Kapitalmarkt eine wesentlich größere Rolle spielt, sind auch die Investmentbanken von wesentlich größerer Bedeutung. Dort wird natürlich zwischen den beiden Typen von Banken viel stärker unterschieden.

Was wird die Bankensteuer die gesamte Sparkassengruppe voraussichtlich kosten?

Nach Steuern schätzen wir rund 100 Mio. Euro.

Sehen Sie einen Hoffnungsschimmer, dass die Steuer eine zeitliche Befristung bekommt?

Abgaben, die auch an die Bundesländer gehen, haben hierzulande einen Befristungszeitraum, der meistens dreistellige Jahreszahlen aufweist.

Die Kursgewinnsteuer, ebenfalls ein Sorgenkind, wird von der heimischen Kreditwirtschaft vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten ...



... wobei ich es für bedauerlich halte, dass man diesen Weg gehen muss. Diese Steuer ist sehr unintelligent aufgesetzt und kann nur von einem sehr kleinen, ideologisch stark geprägten Kreis als richtig erachtet werden. Sie schadet dem Finanzplatz Österreich, den Kunden und den Banken. Ich hoffe daher, dass es da bald zu einer Änderung kommt.

Ist das nicht gleichsam eine Einstiegsdroge für die Substanzbesteuerung, etwa in Richtung umfassenderer Vermögensteuer?

Ja, da gibt es Erklärungen aus Teilen der Regierung, dass dies der Einstieg in eine Ära stärkerer Umverteilungsmechanismen sein soll.

Fürchten Sie die nachhaltige Schädigung des Finanzplatzes Österreich?

Dieses Land hat in den vergangenen 20 Jahren sehr gut davon gelebt, dass es hier Rahmenbedingungen gegeben hat, die uns im Vergleich zu den Nachbarländern zu einem interessanten Platz für Finanzinvestoren gemacht haben. Diese Steuer ist ein wesentlicher Beitrag dazu, uns dieser Attraktivitäten wieder zu berauben.

Die Einlagensicherung ist wieder ein Thema. Wie stehen Sie zur uneingeschränkten Garantie aller Einlagen?

Ich habe das schon mehrfach thematisiert und bin dafür auch gescholten worden. Für mich ist das aber ein Thema der Wahrhaftigkeit. Nehmen Sie das Beispiel Irland: Wenn die Haftung des Staates für die Spareinlagen über die Höhe des BIP hinausgeht, dann schwindet die Glaubwürdigkeit solcher Regelungen. Wir gehen ja in eine Zeit, in der der unerschütterliche Glaube in die Bonität der Staaten arg ramponiert worden ist. Nichts ist mehr hundertprozentig sicher. Dem steht natürlich ge-

genüber, dass ein Run auf das Bankensystem die Wirtschaft in katastrophale Situationen bringen würde. Das gilt es schon zu bedenken, insofern hat die Vollgarantie ihren Wert. Aber strukturell wäre mir ein Selbstbehalt lieber.

Sie haben auf dem Höhepunkt der Krise das Engagement Österreichs und Ihres Hauses im so genannten CEE-Raum vehement verteidigt. Hat sich diese Verteidigung gelohnt?

Wirtschaftswissenschaftler, Investmenthäuser und Medien haben diesem Raum damals zwar viel Aufmerksamkeit gewidmet, aber unser österreichisches Engagement substanzvoll nicht ausreichend analysiert. Die Krise ist dadurch verstärkt worden und war das Ergebnis einer sehr oberflächlichen Einschätzung der Situation in den einzelnen Ländern. Man hat alles in einen Topf geworfen, und man hat vor allem die Situation der österreichischen Banken auf diesen Märkten nicht ausreichend geprüft. Es wurden beispiels-

ten will, dann muss man jetzt nachsetzen. Das betrifft die Strukturpolitik, die Bildungspolitik, die Fiskalpolitik und die Sozialpolitik. Diese müssen aufeinander so abgestimmt werden, dass man sich diesen Wettbewerbsvorteil erhalten kann. Dazu ein wichtiger Aspekt:

Der Beitrag der Schwellenländer zum Wachstum der Weltwirtschaft wird immer größer und somit wichtiger. Das gilt auch für den Mikrokosmos Europa, in dem wir uns bewegen. Selbstverständlich kommen auch in dieser Region die Wohlstandszuwächse von jenen Ländern, die Aufholpotentiale haben. Um es plastischer zu machen: Das China Europas ist Polen, das Brasilien Europas ist die Tschechische Republik, sicherlich aber nicht Belgien oder Italien. Wir Österreicher müssen uns darauf einstellen, dass wir in ein neues Spannungsfeld kommen. Je früher wir das tun, desto besser.

Sie nannten jetzt Strukturpolitik an der Spitze, doch über Strukturpoli-

... wobei ich es für bedauerlich halte, dass man diesen Weg gehen muss. Diese Steuer ist sehr unintelligent aufgesetzt und kann nur von einem sehr kleinen, ideologisch stark geprägten Kreis als richtig erachtet werden. Sie schadet dem Finanzplatz Österreich, den Kunden und den Banken. Ich hoffe daher, dass es da bald zu einer Änderung kommt.

Wie beurteilen Sie aus dieser Marktkennntnis heraus die Wachstumsprognosen für diese Länder, die in Summe etwa die doppelte Wachstumsrate der westeuropäischen Industriestaaten vorhersagen?

Wir werden auch dort sehr unterschiedliche Wachstumsraten sehen. Generell ist es sicher so, dass wir uns in den nächsten 10 bis 15 Jahren in den CEE-Ländern Wachstumsraten erwarten können, die das Doppelte von Westeuropa ausmachen werden.

Sie haben einmal in einer strukturpolitischen Diskussion die Befürchtung geäußert, Österreich könnte sich – überspitzt formuliert – zum Land der Skilehrer und Fremdenführer fehlentwickeln. Nun verdanken wir den jüngsten Konjunkturaufschwung vor allem der Exportindustrie. Ist es also um die Wirtschaftsstruktur nicht so schlecht bestellt?

Das war ja nur eine abschreckende Zukunftsvision. Österreich ist ja erfreulicherweise ein starkes Land mit sehr wettbewerbsfähigen Großbetrieben und einer starken mittelständischen KMU-Basis. Man kann ja sagen, dass die Krisenauswirkungen hierzulande relativ überschaubar waren.

Wenn sich Österreich diese hervorragende Wettbewerbsposition erhal-

tik wird derzeit in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung kaum gesprochen. Warum?

Vielleicht deshalb, weil Österreich ein wirtschaftlich starkes Land ist und die Politik in den vergangenen Jahrzehnten stabile Bedingungen geschaffen hat. Was uns in Österreich aber meiner Meinung nach abgeht, das ist die Dimension der Interconnectivity, also das Bewusstsein für die Abhängigkeiten etwa des Arbeitsmarktes von der Bildungspolitik oder der wirtschaftlichen Innovation von der Universitätspolitik. Dieses vernetzte Denken, diese Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik muss intensiver werden.

Wo sehen Sie die österreichischen Sparkassen in fünf oder zehn Jahren?

Erste Bank und Sparkassen haben sich in den vergangenen Jahren eine gute Chance erarbeitet, für Privatkunden wie für Kommerzkunden ein Finanzdienstleister zu sein, der den Herzen und den Hirnen näher steht als andere. Da haben wir eine sehr gute Basis gelegt. Was uns jetzt gelingen muss, das ist, die Emotionsführerschaft zu erlangen. Wir haben an Produkten und Dienstleistungen alles, was dazu notwendig ist. Wenn wir da und dort unternehmerisch noch mutiger werden, uns also etwa in Marketing mehr trauen, dann sind wir dort, wo wir hinsollen: Tag und Nacht Glaubwürdigkeit im Umgang mit den Kunden leben.

Wir können mit dem, was unsere Mitarbeiter täglich in den Kundengesprächen leisten, die Herzen der Kunden in einem viel höheren Ausmaß gewinnen als andere. Das verstehe ich unter Emotionsführerschaft.

Das Interview führte Milan Frühbauer

Erste Bank: Offensive bei Firmenkunden

Vorstandssprecher Uher: „Zeitpunkt für Kreditwachstum ist optimal“

Milan Frühbauer

Die Erste Bank wird das Firmenkundengeschäft in den kommenden Jahren deutlich ausbauen. Das Geschäft mit heimischen Unternehmen soll doppelt so schnell wie der Markt wachsen. Ehrgeiziges Ziel: Der Hausbankanteil bei den KMU soll in den nächsten drei Jahren von 24 auf 33 Prozent steigen.

Nach der Fokussierung auf das Privatkundengeschäft in den vergangenen Jahren – die Erste Bank konnte ihren Kundenanteil seit 2005 beispielsweise in Wien von 18 auf 25 Prozent steigern – hat sich das neue Führungsteam der Erste Bank Oesterreich nunmehr einen deutlichen Wachstumskurs im Firmenkundengeschäft vorgenommen: Die Erste Bank möchte in den nächsten drei Jahren den Hauskundenanteil im KMU-Bereich auf 33 Prozent steigern. Derzeit firmiert die Erste Bank bei einem Viertel der Klein- und Mittelunternehmen als Hausbank.

Finanzstruktur macht Kreditwachstum möglich

Das Kreditgeschäft der Bank soll dabei in den nächsten drei Jahren mit rund 6 Prozent doppelt so schnell wachsen wie der Markt. Insgesamt will die Erste Bank in den drei Jahren ein Neukreditvolumen von 6,3 Mrd. Euro für Unternehmen bereitstellen.

„Wir als Sparkasse verfügen über eine beneidenswerte Finanzstruktur. Wir haben dank der Spareinlagen eine hervorragende Liquiditätsbasis für das geplante Kreditwachstum“, skizziert Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank Oesterreich, die aktuelle Ausgangssituation. Sowohl die Erste Bank als auch die Sparkassen liegen bei der Loan-to-Deposit-Ratio deutlich unter dem österreichischen Bankendurchschnitt. Der Anteil der Kredite an den Primäreinlagen ist niedriger als anderswo.

Teil der Firmenkundenstrategie sollen auch neuartige Produkte für Kleinunternehmen und Gründer sein. „Wir planen spezielle Förderkredite für wachsende Unternehmen. Je mehr Arbeitsplätze diese schaffen, desto niedriger sind die Kreditzinsen“, skizziert Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank, die innovative Konditionengestaltung. „Österreichs Unternehmer brauchen in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit Kredite und Kapital, um wieder investieren zu können und ihre Krisenresistenz zu stärken. Das wollen wir ihnen bereitstellen.“ Um die Unternehmen gut zu betreuen, wird der Großkundenbereich der Bank seine Kunden zukünftig branchenspezifisch ansprechen. KMU werden weiterhin regional und vor Ort in den 33 KMU-Betreuungszentren serviert. „Unsere Regionalität ist ein klarer Wettbewerbsvorteil in der Betreuung, vor allem wenn es um rasche Entscheidungen geht“, so Bosek.



Thomas Uher: „Optimaler Zeitpunkt, um im Kreditgeschäft zu wachsen.“

Peter Bosek: „Tchibo und OMV zeigen, dass wir innovative Wege gehen.“

Heuer 70.000 Kunden gewinnen

Im Privatkundengeschäft wird die Erste Bank ihren Wachstumskurs beibehalten. Die Bank will im Jahr 2011 gemeinsam mit den Sparkassen 70.000 Neukunden gewinnen. Derzeit betreuen Erste Bank und Sparkassen 3,1 Mio. Kunden in 1.052 Filialen und 170 Bankstellen. Ihr Kundenanteil in Österreich beträgt somit knapp 29 Prozent des Potentials. In den nächsten drei Jahren soll der Anteil auf mehr als 30 Prozent ausgebaut werden.

„Wir haben durch neue Vertriebskooperationen wie OMV oder Tchibo gezeigt, dass eine innovative Bank auch in Österreich wachsen

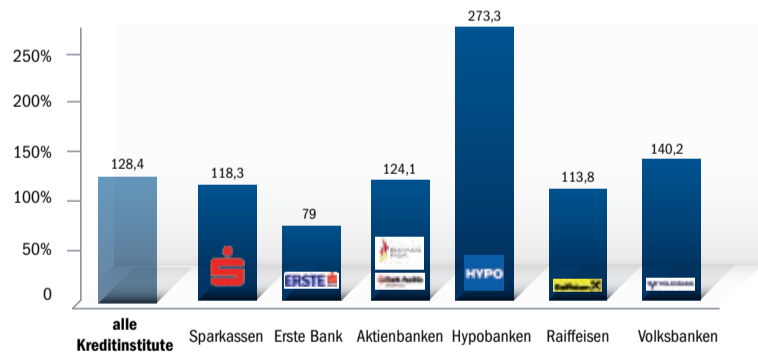
Erste Bank gründet „Social Banking“

Die Erste Bank möchte in den nächsten Jahren ihren Weg als „Social Entrepreneur“ weitergehen. So hat sie im vergangenen Jahr eine eigene Abteilung „Social Banking“ gegründet, die sich mit gesellschaftlichen Themen auseinandersetzt und Maßnahmen ausarbeitet. Thomas Uher: „Es ist unsere Verantwortung, unternehmerische Antworten auf soziale Fragen zu geben.“ Die Zweite Sparkasse ist ein gutes Beispiel dafür. Nach drei Jahren betreut sie 7.000 Menschen, die aufgrund ihrer spezifischen Situation keinen Zugang zu Bankdienstleistungen haben. Nun will die Bank das Thema Bil-

Erste Bank hat ausgezeichnete Ausgangssituation

Loan to Deposit Ratio 3. Quartal 2010

Kundenforderungen Nichtbanken (unkonsolidiert) / Spar + Termin + Sichteinlagen



kann. In den nächsten Jahren wollen wir solche Partnerschaften auf den Telekom- und Onlinebereich ausweiten“, unterstreicht Bosek. Potential sieht die Erste Bank auch im Bereich Private Banking, wo sie mit 25 Prozent Marktführer ist. Dort will sie in einer Strategie gemeinsam mit den Sparkassen ihr Kundenvolumen von rund 40 Milliarden Euro um 10 Prozent pro Jahr steigern.

Auf der Ertragsseite hat die Erste Bank die Finanzkrise hinter sich gelassen. In den ersten drei Quartalen 2010 haben Erste Bank und Sparkassen ein Betriebsergebnis von 630 Mio. Euro erwirtschaftet, der Jahresüberschuss nach Steuern lag bei 120,2 Mio. Euro (2009: 96 Mio. Euro). Die Kosten-Ertrags-Relation wurde von 66,7 auf 64,8 Prozent gesenkt.

derung angehen. Eine Umfrage von IMAS International im Auftrag der Erste Bank zeigt im Bereich der Wirtschaft- und Finanzbildung klaren Nachholbedarf: Nur 47 Prozent, also weniger als die Hälfte, der Antwortenden können den Begriff „Zinsen“ richtig definieren, und nur 39 Prozent aller Österreicher wissen, was ein „Bruttoinlandsprodukt“ ist. Bei Jugendlichen ist das Wissensdefizit noch drastischer: 77 Prozent können mit dem Terminus „Bruttoinlandsprodukt“ nichts anfangen.

Die Mehrheit (53 Prozent) der Bevölkerung ist jedenfalls der Meinung, dass die Schulerziehung für das Thema Wirtschaft nicht ausreichend ist. Erste Maßnahmen der Erste Bank sind eine Ausstellung über das Finanzleben für Kinder, das Bildungsfernsehen „Sparefroh TV“ und Workshops zur Schuldenprävention für Jugendliche.

EINBLICK

Sichere Bank hat Vorrang

Aspekte der Einlagensicherung



Milan Frühbauer

Die EU-Kommission hat im Sommer vergangenen Jahres den Entwurf für eine Richtlinie über Einlagensicherungssysteme vorgelegt. Darin ist der Grundsatz verankert, dass alle Kreditinstitute einem gesetzlichen System zur Einlagensicherung angehören müssen. Die Absicherung pro Einleger soll mit 100.000 Euro gedeckelt sein, und es soll ein Einlagensicherungsfonds aufgebaut werden. Die Zielvorstellung für dessen Mittelausstattung liegt bei 1,5 Prozent der erstattungsfähigen Einlagen, wobei ein Ansparzeitraum von zehn Jahren vorgesehen wäre.

Die österreichischen Sparkassen haben sich zu diesem Richtlinienentwurf schon vor geraumer Zeit sehr kritisch geäußert, denn der in der Sparkassengruppe bestehende Haftungsverbund ist bereits ein solches Einlagensicherungssystem, zumal ohne Limitierung der jeweiligen Kundeneinlage. Der Parallelaufbau von weiteren Sicherungsfonds müsste zwangsläufig – neben den Anforderungen von Basel III und der nationalen Bankensteuer – zur weiteren Mittelverknappung bei der Kreditvergabe führen.

ist nämlich die Vermeidung kreditwirtschaftlicher Insolvenzen. Das wiederum erfordert eine effiziente Institutssicherung.

Auch wenn es derzeit bei manchen Kommentatoren zum guten Ton zählt, die Forderung zu erheben, auch Banken müssten in die Insolvenz geschickt werden, um die Risiken nicht der öffentlichen Hand oder sonstigen Fangnetzen zu überantworten: Jede Insolvenz eines Kreditinstituts hat gesamtwirtschaftlich und psychologisch gesehen gravierende Folgen. Sie reichen von der Gefährdung anderer Unternehmen, Wirtschaftsgütern und Forderungen bis zum Verlust des Vertrauens in das Bankensystem selbst.

Bonität ist beste Einlagensicherung

Der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes, Heinrich Haasis, hat vor kurzem bei einer internationalen Tagung völlig zu Recht auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Er meinte, es habe sich gezeigt, dass „die Institutssicherung wesentlich wirtschaftlicher als eine Entschädigung der Einleger bei Abwicklung der Insolvenz eines Kreditinstituts ist“. So lägen die finanziellen Mittel, die zur Sicherung der Liquidität eines Instituts eingesetzt werden, in der Regel deutlich unter jenen, die zur Entschädigung der Anleger aufgebracht werden müssten.

Die Vermeidung risikoreicher Geschäfte sowie das institutionalisierte Risikomonitoring sind allemal der bessere Weg, die Einlagen der Sparer zu sichern. Haasis plädiert folgerichtig dafür, die Möglichkeit der Sicherung der Institute als eigenständige Sicherungsvariante den interessierten Banken zu eröffnen. „Dann muss aber auch anerkannt werden, dass ein Institutssicherungssystem Einlagensicherungsfälle logisch vermeidet und deshalb ein zusätzliches Einlagensicherungssystem neben der Institutssicherung nicht notwendig ist“, betont Haasis. Die EU-Kommission müsse einsehen, dass der Aufbau von zwei Parallelsystemen zu einer beachtlichen Kürzung der Kreditvergabemöglichkeiten führen müsste. Diesem an der Bonität orientierten Denkansatz ist wenig hinzuzufügen.

Gefährliche Vollkasko-mentalität

Die Vorschläge der Kommission stellen hauptsächlich auf die Sicherung der Einlagen bei Insolvenz eines Institutes ab. Mittlerweile beginnt man jedoch einzusehen, dass es wichtig wäre, auch Maßnahmen zur Sicherung der Kreditinstitute ins Auge zu fassen.

Die Einlagensicherung hat nämlich zwei wichtige Aspekte: Zum einen führt eine Vollkaskogarantie naturgemäß dazu, dass sich der Sparer bzw. Anleger möglicherweise zu wenig um die Bonität und die Liquidität jenes Instituts kümmert, dem er sein Geld anvertraut. Das kann vor allem wettbewerbspolitisch zu ungewünschten Verzerrungen führen, wenn es letztlich „egal“ sein sollte, wem man sein Geld zu welchen Konditionen anvertraut. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass von manchen Seiten die Mitwirkung der Sparer in Form eines Selbstbehalts gefordert wird. Auch der zweite Gesichtspunkt ist von grundsätzlicher Bedeutung: Die beste Sicherung der Einlagen

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SEKTOR NEWS

Hoteliers tagten in Mayrhofen

Beim ÖHV-Hotelierkongress in Mayrhofen drehte sich alles um den wirtschaftlichen Aufschwung. Allgemeiner Tenor: Die Krise scheint überwunden, und die Wirtschaft befindet sich wieder auf dem Wachstumspfad.



VDir. Peter Erler (Sparkasse Schwaz), Hotelier Hansjörg Kröll, Franz Hartl (Tourismusbank) und Max Stock (Sparkasse Schwaz)

Dieses Thema wurde beim Kongress eingehend von hochkarätigen Referenten erörtert.

Unterstützt wurde die Tagung von der Erste Bank und der Sparkasse Schwaz. „Jeder zweite Tourismusbetrieb in unserer Region wählt die Sparkasse Schwaz als Finanzpartner. Das ist eine Bestätigung unseres Betreuungskonzepts und für uns das ausschlaggebende Argument, eine Partnerschaft mit der Österreichischen Hoteliersvereinigung einzugehen und den ÖHV-Kongress zu unterstützen“, erklärt Peter Erler, Vorstandsdirektor der Sparkasse Schwaz.

Schnelle Erste Hilfe ermöglicht

Der Einsatz eines Defibrillators erhöht die Überlebenschance in den ersten Minuten nach Kreislaufstillstand um bis zu 70 Prozent. Die Sparkasse Kitzbühel hat daher jede ihrer zehn Filialen im Bezirk mit einem „Defi“ ausgestattet. „Wir hoffen damit einen weiteren Beitrag zur Gesundheit und Sicherheit der Menschen in der Region leisten zu können“, betonte

Josef Mimm von der Sparkasse Kitzbühel bei der Übernahme der Geräte, die vom Roten Kreuz Kitzbühel angekauft wurden.

Die Kosten für Anschaffung und Wartung werden zur Gänze von der Sparkasse Kitzbühel getragen. Vom Roten Kreuz wurde auch eine fundierte Einschulung an den Geräten durchgeführt, bei der 41 Mitarbeiter aus allen Filialen der Sparkasse Kitzbühel zu Ersthelfern ausgebildet wurden.



Josef Mimm (Mitte) von der Sparkasse Kitzbühel mit den Rot-Kreuz-Mitarbeitern Herbert Haid und Hans-Urs Krause

Gemeinden zu Reformen bereit

Der Österreichische Gemeindebund startete mit deutlich optimistischen Tönen ins Jahr 2011. „Die Entwicklung der Ertragsanteile stimmt uns weit zuversichtlicher als noch vor einem Jahr“, betonte Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer beim Neujahrsempfang im Palais Niederösterreich in Wien.

„Unser größtes Problem bleibt allerdings die Finanzierung der Pflege, die wir unbedingt in der ersten Jahreshälfte neu auf die Beine stellen müssen“, so der Gemeindebundchef. Die Gemeinden, so Mödlhammer weiter, seien zu sinnvollen Reformen jederzeit bereit. „Wir werden jede Bemühung um eine Verwaltungsreform, vor allem aber um eine Aufgabenreform ehrlich und engagiert unterstützen“, so der Gemeindebundpräsident.



Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit dem Präsidium des Gemeindebundes. V.l.: Ernst Schmid, Minister Hundstorfer, Helmut Mödlhammer und Alfred Riedl

Große Ziele für ERSTE IMMOBILIENFONDS

Im Vorjahr hat der ERSTE IMMOBILIENFONDS seinen Immobilienbestand mit 14 Ankäufen sowohl im Wohn- als auch im Bürobereich auf 124 Mio. Euro aufgestockt. Die aktuelle Vermietungsquote der Portfoliobjekte beläuft sich auf rund 96 Prozent. Zusätzlich hat sich der Fonds mehrere in Bau befindliche Wohnobjekte in Wien und Graz gesichert. Die Übernahme dieser Immobilien in den Fonds erfolgt nach deren Fertigstellung.

„Für 2011 haben wir uns viel vorgenommen. Die Mittelzuflüsse halten an, wir nähern uns mit großen Schritten der 200-Mio.-Euro-Marke. Dies gibt uns Spielraum für zukünftige Investments sowohl im Wohn- als auch im Bürobereich“, betont der Geschäftsführer der ERSTE Immobilien KAG, Peter Karl.

Erste Group Immorent mit gebündelten Aufgaben

Ab sofort ein Ansprechpartner für Querschnittsmaterie Immobilien



Peter Tichatschek vor einer Landkarte mit dem erweiterten Heimmarkt der Erste Group Immorent: „Die neue Erste Group Immorent schafft Synergien zum Nutzen der Kunden.“

Alfred Paleczny

Seit Anfang Jänner dieses Jahres gibt es in der Sparkassengruppe eine Neuregelung im Bereich des Immobiliengeschäfts. Mit der Erste Group Immorent (EGI) wurde eine neue Einheit geschaffen, die alle Immobiliendienstleistungen der bisherigen Immorent, der Erste Group und ihrer jeweiligen Tochtergesellschaften im erweiterten Heimmarkt der Erste Group unter einem Dach zusammenführt.

Die neue Organisationsform bietet den Kunden einen Ansprechpartner, der die gesamte Wertschöpfungskette im Bereich Immobilien für Gewerbe-, Wohnbau- und Gemeindeprojekte professionell abdeckt: Das Angebot umfasst Kreditfinanzierung, Leasing, Beteiligungen, Projektentwicklung, Baudienstleistungen sowie auch Finanzierung und Beratung bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten. Die Erste Group Immorent ermöglicht nun Projektentwicklern und Unternehmen in insgesamt zwölf Ländern den Zugang zu einem umfassenden Angebot von Immobilien-Dienstleistungen und Kontaktnahme mit einschlägigen Experten über eine zentrale Schnittstelle. Das Volumen, für dessen Steuerung die nunmehr neu geschaffene EGI zuständig ist, hat sich dadurch von rund 7 auf 13 Mrd. Euro erhöht.

Qualitatives Wachstum gefragt

Der Vorstand der Gesellschaft, der sich aus Peter Tichatschek, Richard Wilkinson und Gerald Antonitsch zusammensetzt, will in den nächsten Jahren „keine quantitative Erhöhung des Geschäftsvolumens, sondern qualitative Verbesserung anstreben.“ Tichatschek meint dazu: „Wir wollen lieber gute als mehr Projekte an Land ziehen“, und interpretiert die neue Struktur im Immobiliengeschäft aus Kundensicht: „Durch die Verbindung der Geschäftstätigkeiten der Immorent und der Erste Group maximieren wir die Synergien unserer beider Unternehmen für unsere Kunden und können nun unsere Fachkompe-

tenz für Immobilien- und Infrastrukturprojekte aus einer Hand anbieten. Die neue Einheit positioniert sich auf dem Markt als einziger Anbieter aller wesentlichen Finanzierungsformen. Somit haben unsere Kunden einen zentralen Partner, der ihre Immobilienprojekte sowohl auf lokaler Ebene als auch grenzüberschreitend umfassend betreut.“

Der strategische Ansatz besteht nach Tichatschek darin, dass „damit das eindimensionale Produktdenken wegfällt und wir jede Finanzierungsart, die der Kunde wünscht – und nicht wie bisher nur das Leasing – anbieten können“.

Entscheidend sei das unterstützende Dienstleistungsangebot. Dadurch könne man Projekte wesentlich besser beurteilen und optimal durchführen. „Wir prüfen einerseits die Wertigkeit und bautechnische Richtigkeit einer Immobilie und andererseits auch die Performance und die Sicherheiten des Unternehmens, das diese Immobilie braucht. Im Endeffekt ist nun nicht nur die Durchführung eines Projekts, sondern auch die Risikobeurteilung in einer, nämlich unserer, Hand vereinigt“, skizziert Tichatschek die Funktion der Erste Group Immorent.

Angebote an Sparkassen und Infrastruktur-Financiers

Das Dienstleistungsangebot der Erste Group Immorent vereint sämtliche Fachkenntnisse im Bereich Infrastruktur, um bestmögliche Beratung, individuell zugeschnittene Finanzierungslösungen sowie ergänzende Dienstleistungen für die Realisierung zu gewährleisten. Dabei hat die Erste Group Immorent ein Team internationaler Public-Private-Partnership-Experten für derartige Projekte in der Region.

Die EGI positioniert sich nun auch für die Sparkassen als kompetenten Partner für Großprojekte. Tichatschek meint dazu: „Es bleibt einer Sparkasse überlassen, ob sie mit uns ein größeres Projekt gemeinsam durchführen will. Wir bieten ihr

unsere bekannten Vorteile und eine weitere Option als Konsortialpartner.“ Das Sparkassengeschäft selbst wird durch die neue Gesellschaft direkt kaum beeinflusst.

Umsicht und Voraussicht in CEE/SEE-Märkten

Die Erste Group Immorent verfügt über 866 Mitarbeiter in Österreich, in der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Kroatien, Slowenien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, der Ukraine, Montenegro und Polen. Mit dem bisherigen Geschäft in diesen Ländern zeigt sich Tichatschek zufrieden: „Wir sind in den CEE/SEE-Ländern sehr vorsichtig gewesen und haben nicht jeden Hype mitgemacht. Jetzt zeigt sich, dass sich unsere Vorsicht gelohnt hat und wir dennoch eine beachtliche Performance erreicht haben. Auch in Zukunft wollen wir nicht aus dem Augenblick heraus bewerten, sondern potentielle Krisensituationen und Zinsentwicklungen im Vorhinein beurteilen bzw. rechtzeitig darauf reagieren.“

In den CEE/SEE-Märkten sei darauf zu achten, dass nicht nur die Ländermärkte insgesamt, sondern auch die einzelnen Segmente der Immobilienmärkte, also etwa die Büro-, Logistik-, Hotel- und Wohnflächenschaffung völlig unterschiedlich strukturiert seien. Man müsse sich in jedem Land spezifisch mit der jeweiligen Nachfrage-, Kosten- und Preissituation auseinandersetzen. Auf die aktuelle immobilienwirtschaftliche Situation in diesen Regionen angesprochen, meint Tichatschek: „Mittelfristig zeigt sich in unserem Heimmarkt eine deutliche Verbesserung gegenüber 2008/2009 bezüglich Nachfrage und Stimmung, also der Zukunftserwartungen der Kunden. Wir dürfen aber in den nächsten Jahren neben der öffentlichen und der privaten Verschuldung einige Risikokomponenten nicht außer Acht lassen: Die niedrigen Zinsen der Vergangenheit verdecken möglicherweise da und dort Risiko, das beim Ansteigen der Zinsen sichtbar wird.“

Erste Group macht mehr Mikrokredite möglich

Programm des Arbeitsministers in Kooperation mit Erste Bank ausgeweitet

Das Sozialministerium hat im Mai vergangenen Jahres in den Bundesländern Wien und Steiermark das Pilotprojekt „Der Mikrokredit“ gestartet, das Beschäftigungslosen sowie von Beschäftigungslosigkeit bedrohten Personen den Sprung in die Selbstständigkeit erleichtern soll.

„Das Mikrokreditprogramm ermöglicht, Menschen zu Geld zu kommen, die sonst keine Chance haben, das notwendige Startkapital aufzubringen, um ihre erfolversprechenden Ideen für ein eigenes Unternehmen umzusetzen. Nun ist es kürzlich gelungen, eine Kooperation mit der Erste Bank einzugehen, die es erlauben wird, auch in Niederösterreich und dem Burgenland Mikrokredite anzubieten“, meinte Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Erste Group, Andreas Treichl.

Der Mikrokredit des Sozialministeriums hilft, tragfähige Geschäftsideen in die Tat umzusetzen, und stellt Einzelpersonen bis zu 12.500 Euro und Personengesellschaften bis zu 25.000 Euro zur Verfügung. Zur Zielgruppe zählen vor allem beschäftigungslose oder von Beschäftigungslosigkeit bedrohte Personen, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen, von Armut betroffene oder bedrohte Personen sowie Menschen mit erschwertem bzw. völlig ohne Zugang zum klassischen Kreditmarkt.

Schon jetzt werden rund 18 Prozent aller Unternehmensgründungen in Österreich mit Hilfe des Unternehmensgründungsprogramms (UGP) des Arbeitsmarktservice (AMS) durchgeführt. Das heißt, dass die Gründerinnen und Gründer zuvor arbeitslos waren. 2010 starteten rund 5.500 Personen ihre selbstständige Tätigkeit mit Hilfe dieses Programms.



Erste-Chef Andreas Treichl und Minister Rudolf Hundstorfer präsentierten die gemeinsame Initiative zur Förderung von Mikrokrediten für Jungunternehmer. Foto: ERSTE Stiftung

Hundstorfer: „Diese Unternehmensgründungen schaffen durchschnittlich 1,3 Vollzeitjobs, das sind in fünf Jahren etwa 7.000 Arbeitsplätze, was in der Beschäftigungsbedeutung der Größe eines Unternehmens wie Magna oder der Voest entspricht.“

„Bisher keine Ausfälle“

15 Prozent der gründungsinteressierten Personen können aber nicht in das Gründungsprogramm des AMS aufgenommen werden, weil ihnen das notwendige Startkapital fehlt, obwohl sie eine aussichtsreiche Gründungsidee hätten. „Genau hier setzt das Mikrokreditprogramm an. Die Mikrokredite sollen diese Finanzierungslücke schließen“, so Hundstorfer, der betont, dass diese Kredite in den ersten sechs Monaten tilgungsfrei sind und sich der Zinssatz während der Laufzeit nicht verändert. Das im Mai des vergangenen Jahres gestartete Programm entwickelt sich sehr

gut, 40 Kredite wurden bereits ausbezahlt, weitere 40 werden folgen. „Inzwischen erfolgen bereits die ersten Zins- und Darlehensrückzahlungen. Bisher gibt es keine Ausfälle“, unterstrich der Sozialminister.

Erste-Vorstandsvorsitzender Andreas Treichl betonte, dass die Kooperation zwischen Erste Bank und Sozialministerium zeigt, wie gut die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft funktionieren kann. Es ist der Erste Bank gelungen, auch noch weitere Stiftungen an Bord zu holen, dadurch stehe ein Finanzvolumen von 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. „Dies mag zwar für den Anfang nach einem kleinen Beitrag klingen, aber damit können wir bereits hunderte Arbeitsplätze schaffen“, so Treichl, der in diesem Zusammenhang auf den Gründungsauftrag der Sparkassen zur Förderung des Gemeinwohls hinwies. – hre –

Meine – deine – unsere Umwelt

Umweltprojekt der Sparkassengruppe

Haben Sie sich schon einmal überlegt, wie viel Papier Sie am Tag verbrauchen? Für Konzepte, Berichte, Präsentationen ... Vielfache Kopien – für Kollegen, Partner, Chefs, Agenturen. Als Argumentarium, Wording, Bilanz, Budget, Korrespondenz.

Natürlich ist der vielzitierte Vergleich mit dem Umfang gerodeter Wälder längst überholt, und die meisten von uns drehen entnervt das Radio leiser oder legen die Zeitung weg, wenn uns dieses Argument wieder einmal entgespringt.

Dennoch ist das Thema „Umweltschutz“ aktueller denn je. Trotz vielfacher Verbesserungen im Energieverbrauch und globaler Bemühungen wie der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll oder der jüngsten Weltumweltkonferenz in Mexiko sind die CO₂-Emissionen insgesamt so hoch wie nie zuvor. Effizienzpotentiale gibt es nach wie vor in Hülle und Fülle.

Deswegen hat sich die Sparkassengruppe 2009 zu einem für eine Finanzgruppe ungewöhnlichen Schritt entschlossen: Zum Start eines einmaligen Umweltprojektes.

Die ersten Ergebnisse liegen nun vor und geben interessante Details wieder: Von den sechs teilnehmenden Pilotsparkassen wurden bereits innovative Beispiele für konkrete Umweltmaßnahmen genannt. Darunter finden sich

Die 6 Pilotsparkassen

- Erste Bank Oesterreich
- Sparkasse Baden
- Sparkasse Neunkirchen
- Sparkasse Pöllau
- Steiermärkische Sparkasse
- Waldviertler Sparkasse von 1842

Vorschläge wie die Umsetzung eines umfassenden Energiekonzepts, die Optimierung der Abfalltrennung und der Entsorgungsorganisation, der Austausch der teuren Wasserspender und vor allem Awareness-Maßnahmen im Nutzerverhalten.

Besonders der letzte Punkt zeigt, dass das Bewusstsein für umweltschonende Lebensweise am Arbeitsplatz zwar vorhanden ist, aber noch nicht die notwendige Beachtung in der Umsetzung findet.

Ziel dieser österreichweit einmaligen Initiative soll es daher sein, den Mitarbeitern der Sparkassengruppe ein neues Umweltbewusstsein zu vermitteln, das sich auch in ihrem privaten Alltag widerspiegeln soll/wird. Die Sparkassengruppe geht ersten Berechnungen zufolge mittlerweile von Einsparungen von mehr als 1 Mio. Euro im Jahr aus. – nho –

AUSBLICK



Klaus Hübner

Was ist gerecht?

Vereinfachung des Steuersystems wäre notwendig

Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 hat der österreichische Gesetzgeber eine ganz wesentliche Systemveränderung in Sachen Besteuerung von Kapitaleinkünften durchgesetzt. Erstmals sind nicht nur Kapitalerträge wie Dividenden oder Zinsen steuerpflichtig, sondern auch Wertzuwächse von Kapitalanlagen, die sich aus den Kurszuwächsen der Wertpapiere ergeben. Diese Steuerpflicht bestand bisher nur innerhalb der einjährigen Spekulationsfrist.

Gegen die neue Besteuerung sind viele Argumente ins Treffen geführt worden, beispielsweise die nur beschränkt mögliche Gegenverrechnung mit Verlusten. Dass das Gesetz in diesem Fall keine Möglichkeit eines Verlustvortrags vorsieht, lässt sich wahrscheinlich sogar vor dem Verfassungsgericht bekämpfen, ebenso wie übrigens die Bankenabgabe, die ja auch eine Besteuerung der Substanz ist. Bei der Bankenabgabe muss unabhängig von einem allfälligen Verfahren darauf geachtet werden, dass sie jedenfalls zeitlich begrenzt wird. Es geht nicht an, dass eine Branche auf Dauer für die Krise zur Kasse gebeten wird.

Aber, und dieses Aber muss man ganz groß schreiben: Wenn mit der Steuergerechtigkeit argumentiert wird, müssen viele andere Voraussetzungen erfüllt sein. Die gerechte Verteilung der Steuerlast ist eine der Bedingungen dafür, dass das gesamte Steuersystem von der Bevölkerung akzeptiert wird. Sie ist eine der Prämissen dafür, dass der Bürger sagt: Ja, ich bin mir bewusst, dass der Staat zur Finanzierung seiner Aufgaben Geld braucht und ich meinen Beitrag dafür zu leisten habe.

Verständlichkeit des Steuersystems

Eine andere Prämisse ist die, dass das System verständlich sein muss. Davon sind wir in Österreich trotz aller Bemühungen um die Vereinfachung weit entfernt. Die wahrscheinlich wichtigste Voraussetzung für die Akzeptanz eines Steuersystems ist die Überzeugung des Bürgers, dass sein Geld effizient und sparsam verwendet wird. Ich fürchte, davon sind die Österreicherinnen und Österreicher meilenweit entfernt, ob zu Recht oder zu Unrecht, spielt eigentlich keine Rolle.

Dieses Bild in der Öffentlichkeit wird durch die Reformverweigerung auf politischer Ebene jeden Tag gestärkt. Pensionen, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Verwaltung: wir alle kennen die Baustellen in Österreich. Auf der internationalen Ebene ist die Sache noch schlimmer. Das Verständnis für die Milliarden für Bankenpakete oder Rettungsschirme hält sich, so fürchte ich, in sehr engen Grenzen, und es ist hauptsächlich dadurch getragen, dass die Summen, um die es geht, völlig unvorstellbar sind.

Wie soll man dem Anleger in Österreich erklären, dass er selbstverständlich für den Vermögenszuwachs seines Aktiendepots Steuern zu zahlen hat, wenn sich die Verursacher der Krise als deren Gewinner herausstellen, die Hedgefonds wieder fröhlich Milliarden verdienen und die Stabilitätskriterien auf dem Müllhaufen der Geschichte zu finden sind?

Verwaltungsaufwand enorm

Ebenso berechtigt weisen die Geldinstitute auf den enormen Verwaltungsaufwand hin, den die Berechnung der Abgabe erfordert. Wir Wirtschaftstreuhandler wissen nur zu gut, wovon sie sprechen. Es ist eine wirklich bedenkliche Entwicklung in der Finanzverwaltung, von Betrieben immer noch mehr Informationen einzufordern und Tätigkeiten an die Steuerberater auszulagern, selbstverständlich unentgeltlich.

Die Besteuerung der Kursgewinne kann aus Gründen der Gerechtigkeit trotzdem als gerechtfertigt angesehen werden. Es gibt keine wirklichen Argumente dafür, dass Kursgewinne beispielsweise aus Unternehmensbeteiligungen völlig steuerfrei sein sollen, während alle anderen Kapitaleinkünfte der Steuerpflicht unterliegen.

Klaus Hübner ist Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhandler. Dieser Kommentar ist die persönliche Meinung des Autors. Diese Meinung muss sich nicht mit jener des Sparkassenverbandes decken.

Beim Wohnraum droht Angebotslücke

Facettenreiche Diskussion bei Wohnbau-Enquete im Parlament

Die österreichische Wohnungswirtschaft steuert auf eine Versorgungslücke zu. Das WIFO hat jüngst für die nächsten Jahre eine durchschnittliche Zuwachsrate im Wohnbau von 1,2 Prozent prognostiziert, also wesentlich weniger als die 2,2 Prozent, die das BIP erreichen sollte.

Die Experten sind seit geraumer Zeit beunruhigt: Rund 50.000 jährlich zusätzlich benötigten Wohnungen stehen derzeit nur 37.000 Baubewilligungen jährlich gegenüber, und die Bauwirtschaft scheint ihrer traditionellen Rolle als Stütze des erwarteten Wirtschaftsaufschwungs in diesem Jahrzehnt nicht gerecht werden zu können.

Nachhaltigkeitsinitiative „Umwelt+Bau“

In diesem Umfeld hatte die Enquete „Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Bauen und Wohnen“, zu der die Parlamentsklubs von SPÖ und ÖVP Anfang Februar ins Parlament ein-

luden, höchste Aktualität und konjunkturpolitische Brisanz. Die Idee zu diesem Treffen von rund 400 Bauexperten mit Vertretern der Bundesregierung und des Nationalrats ging von der Nachhaltigkeitsinitiative „Umwelt+Bau“ aus, einer Vereinigung von 15 Netzwerken aus der Sozialpartnerschaft und der Bauwirtschaft sowie dem durch den Sparkassen-Wohnbauexperten Josef Schmidinger vertretenen Arbeitsforum österreichischer Bausparkassen. Diese Initiative sucht Lösungen, um aus der derzeitigen Krise zu kommen und hat dafür vier Kernziele formuliert:

- Steigerung der Sanierungsrate im bestehenden Wohnbestand
- Ausreichendes Neubauangebot leistbarer Wohnungen
- Umstieg auf erneuerbare Energieträger
- Bau zukunftsweisender öffentlicher Verkehrsverbindungen und Bildungseinrichtungen.

Sanierungsscheck bis 2014

Aus der Vielzahl von Maßnahmen, die zur Erreichung dieser Ziele genannt wurden, muss man neben der Forderung, die Wohnbauförderung im derzeitigen Umfang unangetastet zu lassen, sicher den Startschuss für die Neuaufgabe der Förderoffensive zur thermischen Sanierung hervorheben, der von Wirtschaftsminister Mitterlehner am Beginn der Enquete abgegeben worden ist.

Ab 1. März 2011 können wieder über die Bausparkassen thermische Sanierungsmaßnahmen für eine Förderung eingereicht werden, wobei bis 2014 jährlich 100 Mio. Euro im Verhältnis 70:30 auf Privathaushalte und Betriebe aufgeteilt werden. Im mehrgeschoßigen Wohnbau kann nun auch die Sanierung des gesamten Gebäudes gefördert werden, und Privathaushalte können den technischen Umstieg auf er-



Kein alltäglicher Arbeitsplatz für den Chef der s Bausparkasse: Josef Schmidinger am Rednerpult des „Hohen Hauses“ vor 400 Wohnbauexperten

neuerbare Energieträger wie Solarenergie, Wärmepumpen und Pellets im Zuge der Investitionen zur Förderung einreichen. Der von vielen Diskutanten als zu gering bezeichnete Förderungsbetrag wird dennoch wieder einen wichtigen Investitionsschub erzeugen und Tausende Arbeitsplätze sichern. Minister Mitterlehner bedankte sich explizit bei den Bausparkassen für ihre Mitarbeit und die professionelle Abwicklung.

Wohnbauförderung verteidigen

Man kann zu solchen parlamentarischen Enqueten stehen, wie man will – Josef Schmidinger brachte den Sinn bei seinem Schlusswort auf den Punkt: „Wir konnten bei dieser Tagung aktiv unser gut funktionierendes Wohnbauförderungssystem verteidigen und gegen jene auftreten, die dieses System in oberflächlicher Art und Weise kritisieren.“ Für dieses Statement bekam er mit Recht spontanen Beifall des Auditoriums. – apy –

ANALYSE

Wird die Bankensteuer zum Bumerang?

Völlig unbeabsichtigte Auswirkungen könnten eintreten – Konterkarierung der Lenkungseffekte



Ferry Stocker

Im Zuge der „Budgetkonsolidierung“ werden ab diesem Jahr auch „die Banken“ in Österreich stärker zur Kasse gebeten. Bei den Budgetbeschlüssen für das Jahr 2011 hat das Parlament auch eine spezielle Bankensteuer eingeführt. Hat es auch alle möglichen Folgen bedacht?

Die Regierung kann zumindest bei dieser Maßnahme mit breiter Zustimmung seitens der Bürger rechnen. Denn es ist in diesem Zusammenhang oft zu hören: „Jene Akteure, die für die Krise hauptverantwortlich sind, sollen auch einen Beitrag zur Wiedergutmachung sowie zur Budgetkonsolidierung leisten. Und überhaupt: die Banken!“ Abgesehen davon, dass dieser Sammelbegriff eine unzulässige Verallgemeinerung darstellt, sind die hier aufkeimenden Gefühle wie vorschnelle Genugtuung und unbedachte Schadenfreude jedenfalls keine guten Ratgeber.

Die Bankenabgabe könnte nämlich mit einer Reihe von – zugegebenermaßen unbeabsichtigten – Effekten verbunden sein, die – im Gegensatz zu oft gehörten Bekundungen – weder zur Stabilisierung des Bankensystems führen noch einen nennenswerten Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Bankenabgabe in letzter Konsequenz von den Banken selbst – zumindest überwiegend – gar nicht getragen wird.

Beginnen wir bei Letzterem: Die Bankensteuer, die, wie es die österreichische Regelung vorsieht, bei der Bilanzsumme als Bemessungsgröße ansetzt, dabei die Spareinlagen ausnimmt und mit Derivatpositionen steigt,

ist und bleibt ein Kostenfaktor. Kosten will jeder Kaufmann natürlich nach Möglichkeit vermeiden, jedenfalls aber minimieren. Ist Vermeidung nicht angezeigt (weil für ein gutes Brot eben gute Zutaten verwendet werden müssen) und Minimierung nicht weiter möglich (weil für gutes Brot eben gute Zutaten im ausreichenden Umfang verwendet werden müssen), so werden und müssen diese Kosten – das zeigt jede elementare (mikro-)ökonomische Analyse – letztlich in die Preise der Produkte eingerechnet werden (gutes Brot hat eben seinen Preis!).

In Abhängigkeit von der Wettbewerbsintensität und der wohl als sehr gering anzusehenden Bereitschaft der Kunden, bei geringen Preis- bzw. Gebührenerhöhungen ihre Bank zu wechseln, wird die Bankenabgabe an die Bankkunden weitergegeben. Die Bankensteuer wird also letztlich überwiegend von den Bankkunden und nicht von den Banken selbst getragen werden.

Gefahr der „Kompensation“ mit viel Risiko

Ein weiterer negativer Effekt besteht darin, dass im Falle einer international nicht entsprechend abgestimmten Bankenabgabe einerseits Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Banken mit dieser verbunden sein können und es andererseits zu einer sogenannten „regulatorischen Arbitrage“ kommt. Darunter versteht man, dass bestimmte Aktivitäten in ein regulatorisches Regime ausgelagert werden, in dem geringere Steuerbelastung besteht. Damit können im besten Fall Risiko, im schlimmsten Fall Know-how und Innovation „exportiert“ werden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ebenfalls ein Nachteil.

Eine Bankensteuer ist aber aus ökonomischer Sicht aus zwei noch viel wichtigeren Gründen abzulehnen, unabhängig davon, ob mit dem Aufkommen aus dieser Steuer allgemeine Budgetlöcher gestopft oder Fonds dotiert werden, auf die im nächsten Bankenkrisefall zurückgegriffen werden könnte (wie das im Fall der Bankensteuer in Deutschland geplant ist).

Denn eine Bankensteuer droht nachgerade das zu provozieren, was sie zu verhindern vorgibt. Sie konterkariert nämlich den Lenkungseffekt, der darin bestehen soll, dass infolge der Besteuerung besonders riskante Bankaktivitäten reduziert werden. Weil die Bankensteuer an Bilanzpositionen anknüpft und weniger an besonders riskanten Bankgeschäften (die in der Regel bei Geschäftsbanken, die für die lokale Wirtschaft unverzichtbare Finanzierungsfunktionen erbringen, gar keine oder nur eine ganz untergeordnete Rolle spielen), wird der Anreiz für riskante Bankaktivitäten aus zwei Gründen erhöht. Zum einen besteht dadurch die Chance, die mit der Bankensteuer verbundenen Kosten zu kompensieren, zum anderen hat man sich für den Fall, dass diese riskanten Geschäfte danebengehen, mit der Bankenabgabe gewissermaßen „losgekauft“!

Die Bankenabgabe könnte also – im schlimmsten Fall – als eine Art Versicherungsprämie aufgefasst werden. „Die Banken“ könnten dann argumentieren wie ein Autofahrer mit Vollkaskoversicherung und extrem geringem Selbstbehalt: Wir zahlen jetzt für unsere Aktivitäten, können daher im Schadensfall erhobenen Hauptes auf den Versicherer zugehen und Wiedergutmachung verlangen.

Die Risikofreudigkeit vieler Banken, die zur Finanzkrise führte, wird sich durch die Einführung einer Bankenabgabe also nicht verringern, sondern vergrößern, der Versicherungsfall damit umso sicherer eintreten.

Riskantes Verhalten, das Dritte oder die Gesellschaft insgesamt schädigt – Ökonomen sprechen hier von „negativen Externalitäten“ –, kann nur dann entsprechend eingeschränkt werden, wenn die Akteure selbst viel zu verlieren haben, wenn sie also bei riskanten Aktivitäten mit großen Verlusten – im Extremfall gar mit ihrem wirtschaftlichen Untergang – rechnen müssen. Und das geht nur durch eine wesentlich höhere Eigenkapitalausstattung, als es Basel II oder künftig auch Basel III vorsieht.

In Konsequenz steht somit gerade die Bankenabgabe einer höheren Eigenkapitalausstattung infolge niedrigerer Gewinne genauso im Wege, wie sie die Liquidität der Banken belastet. Waren es nicht die zu geringe Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung vieler Banken, die den Gewittersturm der Finanzkrise zu einem globalen Kahlschlag im Bankensektor haben ausarten lassen? Bevor man sich also über eine die beschlossene Bankensteuer freut, sollte man sich vergewissern, ob es sich dabei nicht möglicherweise um einen Bumerang handelt, den man angesichts der jüngsten Erfahrungen und weiterhin angespannten Finanzlage wirklich nicht brauchen kann.

Prof. (FH) Ferry Stocker ist Fachbereichsleiter für Volkswirtschaftslehre an der FH Wiener Neustadt. Dieser Kommentar ist die persönliche Meinung des Autors. Diese Meinung muss sich nicht mit jener des Sparkassenverbandes decken.

EU will besseren Vergleich von Kontogebühren

Selbstregulierung seitens Kreditwirtschaft soll EU-Reglement verhindern

Jean-Yves Jacquelin, Erste Bank, und Roland Tassler

Konkrete Bestrebungen der EU-Kommission, für bessere Preisvergleichbarkeit von Bankdienstleistungen zu sorgen, gibt es bereits seit dem Jahr 1999. In diesem Jahr veröffentlichte die Kommission nämlich ihren ersten „Verbraucherpolitischen Aktionsplan“.

Die Kommission brachte in diesem Aktionsplan zum Ausdruck, dass der Verbraucher durch mehr Preistransparenz das nationale und grenzüberschreitende Angebot besser vergleichen könne. Als Folge dieser verbesserten Vergleichbarkeit werde der europäische Konsument erst in die Lage versetzt, die Vorteile des Binnenmarktes voll auszunutzen.

Einem Dogma gleich wird daher von der Kommission die Schaffung umfassender Preisvergleichbarkeit als Grundvoraussetzung für das ordentliche Funktionieren des Binnenmarktes verstanden. Vollständige Information weckt Vertrauen, und Vertrauen nimmt dem Verbraucher die Angst, vor grenzüberschreitenden Bankdienstleistungen. Für die Kommission stellt transparente und vergleichbare Information daher die Basis dafür dar, das Ziel eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes zu erreichen.

Die einschlägigen Rechtsakte der Union und die sonstigen Veröffentlichungen der Kommission der letzten Jahre, zum Beispiel das Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden oder die Verbraucher-kreditrichtlinie, hatten im Kern das Ziel, die Informationsverpflichtungen zu verschärfen. Arbeiten neueren Datums, etwa der Expertenbericht des ehemaligen Kommissars Mario Monti über eine neue Strategie für den Binnenmarkt und die aktuellen Vorschläge der Kommission zur verantwortungsvollen Hypothekarkreditvergabe, weisen in die gleiche Richtung.

Preisinformation ist Chefsache

Da das Jahr 2011 im Zeichen der Neuausrichtung des Binnenmarktes steht, wurde das Thema Preisinformation über Bankdienstleistungen zur Chefsache erhoben, was die regulatorische Dynamik auf die Spitze treibt. Der zuständige Kommissar Michel Barnier erklärte in seiner kürzlich vorgestellten Binnenmarktakte – seinem Aktionsplan zur Neubelebung des europäischen Wirtschaftsraumes – bis Ende 2011 für mehr Transparenz und bessere Vergleichbarkeit bei den Bankgebühren sorgen zu wollen. Barnier appellierte dabei nachdrücklich an die Kreditwirtschaft, eigene Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Andernfalls wolle er selbst einen Rechtsakt vorlegen um sicherzustellen, dass

Kunden die Kosten ihrer Bankkonten besser nachvollziehen und gegebenenfalls einen Wechsel des Instituts in Betracht ziehen könnten.

Da erfahrungsgemäß ein Kommissionsvorschlag immer über das Ziel hinausschießt und die Tendenz hat, überproportional und ausufernd zu regeln, muss es im Interesse der Finanzwirtschaft sein, jegliche EU-Regulierung zu vermeiden. Im konkreten Fall stellt Selbstregulierung die einzige Alternative dar.

Als Reaktion hat EBIC, das Komitee der europäischen Bankenverbände, im Jänner dieses Jahres eine Expertengruppe einberufen, um zu eruieren, in welchem Ausmaß den Forderungen der Kommission entsprochen werden kann. Die Zielsetzung dieser Expertengruppe des European Banking Industry Committee lässt sich auf zwei Ebenen orten:

- Erstellung einer Analyse, inwieweit die Vorstellungen der Kommission überhaupt erfüllbar sind und wie ein möglicher Vorschlag für eine unionsweite Selbstregulierung gestaltet werden könnte. Dabei sollte die konkrete Ausführung jedoch durch die nationalen Verbände erfolgen, damit länderspezifische Gewohnheiten größtenteils berücksichtigt werden können.
- Die Detailarbeiten in Österreich konzentrieren sich derzeit auf



Binnenmarktkommissar Barnier appellierte nachdrücklich an die Kreditwirtschaft, eigene Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

zwei von der Kommission geforderte Materialien, die dem Kunden zur Verfügung gestellt werden sollen:

- Die Entwicklung eines Glossars inklusive einfacher Erklärungen der am häufigsten verwendeten Begriffe, die mit der Kontobenutzung in Verbindung stehen.
- Zusammenstellung einer Gebührenliste der zehn am häufigsten getätigten „Transaktionen“ (z. B. Überweisung, Lastschrift, Dauerauftrag), mittels derer es dem Konsumenten ermöglicht wird, alle Banken im Land zu vergleichen. Kontopakete sollen entsprechend eingebunden werden.

Die Kommission verlangt darüber hinaus eine periodische Spesenaufstellung im Nachhinein, was mehr oder weniger dem hierzulande verwendeten „Leistungsblatt“ entspricht. Da diese Information aber nicht auf Anfrage, sondern automa-

tisch erfolgen soll, muss über diesen Punkt noch verhandelt werden.

Die praktische Konsequenz aus den Forderungen der Kommission wird es wohl sein, dass mehr Informationen über das Kontoangebot gegeben werden müssen, was in eine detaillierte Darstellung auf der jeweiligen Homepage einer Sparkasse münden wird. Die Definition des Detaillierungsgrades dieser Darstellung wird eine wesentliche Aufgabe der Expertenrunde sein. Bis Juli dieses Jahres soll der Selbstregulierungsprozess mit der Kommission ausverhandelt sein, damit die Anwendung ab Anfang 2012 erfolgen kann.

Für viele Sparkassen wird das bedeuten, dass ein Anpassungsbedarf in ihrer Informationspolitik besteht. Durch die Selbstregulierung kann aber europaweite Gleichschaltung vermieden und gleichzeitig gewährleistet werden, dass die nationalen Gegebenheiten des Retailgeschäfts weitestgehend Berücksichtigung finden.

Auswirkungen auf Kundenbanken

Von der IAS 39 zur IFRS 9 – Rechnungslegungssysteme sollten auch flexible Lösungen erlauben

Alois Hocegger*)

Die folgenden Anmerkungen zum gesamten Projekt des „Replacement“ von IAS 39 stehen im Zusammenhang mit meiner Funktion als Repräsentant der Europäischen Sparkassenvereinigung und als Präsident der Österreichischen Sparkassenverbandes. Beide Funktionen decken ein sehr traditionelles kreditwirtschaftliches Geschäftsmodell ab: Die Vergabe von Krediten, finanziert aus der Entgegennahme von Spareinlagen.

Das Wertpapier- und Handelsgeschäft, das eine Schlüsselposition für die wirtschaftlichen Probleme in der Finanzwirtschaft im Zuge der jüngsten weltweiten Finanzkrise einnahm, stand niemals im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit österreichischer Sparkassen.

Als die Diskussionen über die Ablösung des IAS 39 begannen, hatte jeder Verantwortliche die Schwierigkeiten und Probleme auf den Finanzmärkten im Kopf, die (seit Mitte 2008) aus der Finanzkrise resultierten. Aber alle Probleme basierten auf bzw. sind entstanden aus der Wertpapier-Komponente der Finanzinst-

rumente und waren nicht eine kausale Folge des Kreditgeschäfts. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Finanzwirtschaft, als die ersten Entwurfsfassungen der IFRS 9 zur Verfügung standen, auf die Frage: „Welche Auswirkungen wird IFRS 9 auf das Wertpapiergeschäft haben?“ Niemand hat die tiefgehenden Auswirkungen des neuen Standards auf das Kreditgeschäft beachtet.

Warum diese Unterscheidung? Trotz der inhärenten Unterschiede zwischen dem Wertpapier- und dem Kreditgeschäft sind alle Institute, die Abschlüsse veröffentlichen, durchaus gewohnt Fair-Value-Ansätze für Wertpapiere offenzulegen. In der Tat sind die Rechnungslegungssysteme im Wertpapierbereich in der Regel auch technisch in der Lage, die für richtiges Fair-Value-Accounting notwendigen Daten und Informationen zur Verfügung zu stellen. Die normalen Kreditsysteme der Banken unterstützen hingegen das Fair-Value-Accounting überhaupt nicht. Daher bleibt die Lage unverändert: Die europäische Kreditwirtschaft wird in der Vorbereitung auf IFRS 9 Probleme zu lösen haben. Beispielswei-

se wird es erforderlich sein, bisher verwendete Verfahren und IT-Systeme substantiell zu ersetzen bzw. zu erneuern. Die derzeit dafür vorgesehene Übergangszeit scheint für die erheblichen Investitionen zu kurz zu sein.

Aus der Sicht eines Retailbankers hat es keinen Sinn, den Übergangsprozess einzuleiten, wenn die Arbeiten an substantiellen Teilen des neuen Standards noch nicht abgeschlossen sind. Die Frage, wie „Impairments“ in Zukunft behandelt werden müssen sowie die neuen Regeln für das „Hedge Accounting“ könnten die Geschäftsmodelle von Kreditinstituten maßgeblich beeinflussen und werden definitiv Auswirkungen auf die Rechnungslegungssysteme der Banken haben. Gute Rechnungslegung ist nur möglich, wenn es gute Systeme dafür gibt. Die meisten Banken in Europa, wenn nicht gar alle, müssen ihre Accounting-Systeme daher substantiell ändern. Der Standard Setter sollte berücksichtigen, dass eine Übergangsperiode, die schon 2013 enden soll, es erforderlich macht, dass alle Banken die neuen Systeme bereits Ende 2011

installiert haben. Den Wechsel des Accounting-Systems durchzuführen, ohne einen kompletten Satz der neuen IFRS 9 Anforderungen zur Verfügung zu haben, hat allerdings keinen Sinn!

Hinzu kommt: Ein vollständiger Satz der IFRS sollte zur Verfügung gestellt und danach sollte die Übergangsperiode verlängert werden.

Ist ein Konvergenzprojekt notwendig?

Unter dem Strich ist jede Konvergenz unterschiedlicher Rechnungslegungssysteme nützlich und hilfreich. Unterschiedliche Systeme verursachen üblicherweise Probleme bei der Analyse, beim Vergleich und bei der Beurteilung von Banken, die in unterschiedlichen Rahmenwerken der Rechnungslegung arbeiten. Bei Konvergenzprojekten ist auf das grundlegende Prinzip zu achten, dass Gleiches gleich und Ungleiches unterschiedlich behandelt werden sollte. Schaut man sich den europäischen Kreditmarkt an (bei Analyse des einschlägigen Marktes der europäischen Sparkassen wird dies noch deutlicher), kann man erkennen, dass er zu 80 Prozent auf kreditwirtschaftlicher Finanzierung basiert, während in den

USA rund 80 Prozent der Außenfinanzierung von Unternehmen über Kapitalmärkte erfolgt! Daher sind die Fair-Value-Anforderungen im US-Kreditgeschäft durchaus nachvollziehbar, aber sie spiegeln das europäische Umfeld überhaupt nicht wider. Um es ganz klar zu formulieren: Es gibt keinen guten Grund, weshalb unterschiedliche Geschäftsmodelle nicht berücksichtigt werden sollen, wenn gewisse Retailkredite beurteilt werden. Anforderungen aus IFRS 9, die bei gewissen Retailkrediten ohne Beachtung des Geschäftsmodells zu einer Fair-Value-Bewertung (durch die GuV) führen, sind sachlich nicht begründbar.

Selbstverständlich ist die Konvergenz wichtig, insbesondere in Bezug auf Begriffe und Techniken der Rechnungslegung. Aber es ist wichtiger, Raum für flexible Lösungen zu lassen, um auf verschiedene Geschäftsmodelle einzugehen. Konvergenz darf jedenfalls nicht zulasten der Qualität gehen!

*) Alois Hocegger ist Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbherbst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Spareifroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Zurück in den Sprachgebrauch!

Der Begriff „Privatisierung“ ist in Österreich seit der Finanzkrise völlig aus dem Sprachgebrauch verschwunden. In der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung hat er sich schon jahrelang nicht mehr blicken lassen. Die größere der beiden Koalitionsparteien hat ihn im Zuge der Diskussion der Neubestellung des ÖIAG-Vorstands auch wortreich gewarnt: Er solle ja nicht wieder auftauchen! In einzelnen Bundesländern hat man ihn jedenfalls seit Jahren nicht mehr zu Gesicht bekommen, in der Bundeshauptstadt Wien wissen die politisch Verantwortlichen wohl gar nicht, wie man ihn buchstabiert. Dort hat er jedenfalls seit Jahrzehnten Auftrittsverbot.

Doch jetzt hat ihn – dankenswerterweise – die Wiener Börse wieder zur Fahndung ausgeschrieben. Sie hat eine Studie erstellt, die sich mit den „Privatisierungspotentialen bei öffentlichen Unternehmen in Österreich“ befasst. Just auf Länderebene orten die Kapitalmarktexperten eine ganze Reihe von Privatisierungskandidaten. Darunter finden sich vor allem Energiegesellschaften wie die BEWAG, die TIWAG, die Voralberger Illwerke oder die Wien Energie. Auf Bundesebene orten die Studienautoren die Münze Österreich und die Bundesimmobiliengesellschaft als attraktive Unternehmen für einen Börsengang. Teilprivatisierung dieser Unternehmen – bei einem verbleibenden Staatsanteil von 25 Prozent plus einer Aktie – könnte dem heimischen Kapitalmarkt ein IPO-Volumen von rund 19,9 Mrd. Euro erschließen. Auch bei den bereits teilprivatisierten Unternehmen wie Post, Telekom, OMV, Verbund oder Flughafen Wien gibt es noch Potential für ein Secondary Public Offer.

Selbst wenn die öffentliche Hand jeweils Kernaktionär bleibt, könnte eine Renaissance der Privatisierung das Börsengeschehen hierzulande beleben und gleichzeitig auch andere Unternehmen motivieren, zusätzliche Eigenmittel über den Aktienmarkt aufzubringen.

Der damit verbundene Zuwachs an Effizienz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist ja mittlerweile selbst in einem Land wie Österreich weitgehend unbestritten.

Bleibt also die Hoffnung, dass die Privatisierung endlich wieder politisch rehabilitiert wird, damit sie sich aus ihrem Versteck heraus traute. Es ist höchste Zeit! - üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Die SPÖ hätte die Wehrpflicht-Debatte auch sicher nicht gestartet, wenn es nicht den Einfluss der Krone gegeben hätte.“

Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden (SP)

„Eine Diskussion lebt vom Austausch der Argumente, pro und contra. Und die sollte durch nichts abgewürgt werden.“

ÖGB-Präsident Erich Foglar zum Konflikt Darabos versus Entacher

„Pilz ist nur neidisch, dass Darabos und nicht er das Bundesheer ruinieren darf.“

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl

„Wir wollen die Trutzburg der Steuerzahler sein gegen die rot-schwarzen Raubritter.“

Josef Bucher, Obmann des BZÖ

„Wir Wiener Kaffeesieder sind bekannt für unsere Tradition – aber auch für unser Augenzwinkern. Wir sind ein traditioneller, eleganter Ball, der sich der modernen, urbanen Gesellschaft öffnet und mit dieser amüsanter kokettiert.“

Aus einer Ankündigung des Balls der Wiener Kaffeesieder

„Ein wunderschöner Bauernhof im Salzburger Land würde niemals in das Marchfeld passen.“

Landeshauptmann Erwin Pröll zum Sinn föderaler Bauordnungen.

„Und jetzt wieder in die Hocke. Wichtig ist, dass bei der Abfahrtschocche der Oberkörper in Richtung der Knie gesenkt wird.“

Fachkundiger ÖRF-Kommentar beim Kombi-Abfahrtslauf in Chamonix

„Wir haben zuletzt dort, wo es schon acht Wärmepolster gibt, noch einen neunten draufgelegt, der nicht finanzierbar war. So geht's einfach nicht.“

Landeshauptmann Franz Voves.

„Wir sollten das auch anderen Medien geben ...“

Sensationelle Abhörprotokolle in der Sparkassenzeitung

Die Sensation ist perfekt: „Achterbahn“ ist im Besitz von jüngsten Abhörprotokollen der Ermittlungsbehörden, die sämtliche Gespräche von Karl-Heinz Grasser penibel überwachen und aufzeichnen. Der ehemalige Finanzminister spricht dabei mehrmals – so lassen die Inhalte schließen – mit seinem Kommunikationsbetreuer, offensichtlich mit dem PR-Coach Wolfgang Meischegger. Was diese Dokumente enthüllen, ist eine innenpolitische Bombe: Grasser steuert die Medienkampagne, gegen die er sich in aller Öffentlichkeit so oft wendet, selbst! Die Indiskretionen aus der Staatsanwaltschaft gehen nicht direkt an die Medien, sondern an ihn. Im Folgenden bringt die „Achterbahn“ eine Auswahl jener Originalzitate, die beim Abhören der Telefone in die Hände der Staatsanwaltschaft gelangt sind. Leider war der Gesprächspartner kaum zu verstehen ...



Schon wieder Pech für Grasser: Auch die Sparkassenzeitung verfügt über ein ausgezeichnetes Netzwerk von Informanten und modernste Abhörtechnologie.

Grasser: „... na, warst zufrieden mit mir bei der Diskussion am Sonntag im ORF? Ist gut rüberkommen, die Opferrolle, oder? Na, tadellos, dei Konzept. Alle Achtung ..., nur der Brief von der bewundernden Dame, des war zu dick aufgetragen, sagt auch die Fiona ... also, das musst Du schon vorher checken, wenn das bereits in der Krone als Gedicht gestanden ist oder sonst wo abgekupfert wurde, dann muss ich das vorher wissen. Gut nur, dass den Professor Hausjell kaner kennt ...“

... na, die Thurnher war harmlos, eh klar. Mir hat der Xandl (Generaldirektor des ORF, Anm.d. Red.) schon vor Jahren g'sagt, dass die nix von Wirtschaft versteht. Recht hat er gehabt ...Woher soll die wissen, dass ma' unterjährige Kursgewinne nur dann versteuern muss, wenn man des Papierl tatsächlich auch verkauft und dass man dabei vorher disponieren muss? ...

... hast auch gelacht, gell? Der Kanada-Schmäh mit dem weit weg und vergessen worden – des is' bei der voll eingegangen. Komisch, auch beim Wolfgang ...

... ja, dem Rosam! Aufsässig? Schau, ab einem gewissen Alter kriegst in so aner Position auch amol an Moralischen. Aber des mit dem Entzug des Du-Wortes, des hat ihm g'schadet, macht man net, schon gar net unter Kärntnern. Würdest gar net glauben: Ich hab' dazu einige Mails bekommen, net nur aus Spittal an der Drau ...

... was mich gewundert hat? Dass kein Mensch bisher im Fernsehen gefragt hat, wofür ich bei der Meinel European Land oder International Power 3,7 Mio. Euro an Managementfees kassiert habe ... manchmal ist des wirklich ein Segen, dass die dort oben am Berg net wissen, wie Wirtschaft wirklich funktioniert ... habe schon Angst gehabt, dass die mir dort so einen geschädigten Anleger hinsetzen ... was sagst? Ja, so a Art Stimme des

Volkes – wie die das bei den Diskussionen in Deutschland bei der Anne Will machen ...

... Du, bevor ich vergesse: Du kannst des mit den Abhörprotokollen nicht immer nur mit Falter und FORMAT spielen, des ist zu auffällig ...

... ja, das mit dem korrupten Angebot aus der Staatsanwaltschaft, um 5.000 Euro Infos zu geben, ist an sich gut gekommen. Sogar auf ORF.at haben's meine Empörung zitiert. Hätte ich nicht geglaubt, dort sitzen nämlich ein paar ganz laute Halali-Bläser von der Jagdgesellschaft auf mi ...

... aber, noch einmal: Bitte, wir sollten das mit dem gezielten Streuen einmal auch mit der Krone oder dem Feller-Blattl probieren. Wann Du wieder eine fertige Mitschrift aus irgendeinem Eck der Staatsanwaltschaft bekommst, dann ...

... es kracht jetzt so komisch in der Leitung, bist Du noch da? Also, wenn wieder so ein brisantes Protokoll über meine Telefonate fertig ist, dann bitte diesmal in eine prominente Zeitung damit. Ich will nicht, dass sich die benachteiligt fühlen und glauben, der gibt alles über den Peter Pilz an den Armin Thurnher im Falter und von dort schnurstracks in den ORF. Das wer'n uns die in der Mediaprint auf Dauer net abnehmen, also bitte, das nächste Mal gleich an eine anständige Zeitung, damit's richtig rauscht ...

... Politisch? Schau, die Justizministerin kann ich frontal angehen, die hat net amol bei die Schwoarzen viel Rückhalt ... des mit dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof

war a gute Idee von dir. Den kennt kaum jemand, aber man weiß: Wer dort hingeht, der muss a weiße Weste haben. Vom Presse-Echo her, also ich muss ehrlich sagen, tadellos ...

... Ich muss auf Zeitdruck machen, ich will im Sommer a Ruh' haben ... warum? Weil sonst installieren die wirklich noch für den Herbst an parlamentarischen Untersuchungsausschuss, weils' dann endgültig vom Darabos ablenken müssen ...

... Kann mir nicht egal sein! Der Ik-rath hat sich in NEWS schon voll auf mich eingeschossen ... und wenn's dann noch den Andreas Khol vor die Kameras zerren, nein, das kann ich net brauchen ...

... kann mir letztlich wurscht sein, bei Parlamentsausschüssen kommt eh'nix heraus? ... Nein, was glaubst, wie lang es dauert, bis unsere Parlamentarier begreifen, was eine Stiftung in Liechtenstein darf oder nicht darf. Dann fangt der ganze Erklärungszinob von vorn an. Haben ja die Staatsanwälte Monate gebraucht ...

... Gut, wir sind uns einig: Opferrolle im beruflichen Weiterkommen, Zeitdruck auf die Justiz, das bleibt und ab sofort breiter gefächerte Streuung von Indiskretionen aus dem Ermittlungsverfahren ...

... sonst? Opernball? Ja, ist eingeplant ...

... Du, bitte, noch was Dringendes: Ich bitt' Dich, versteuer' ja alle Deine Honorare. Sonst hast denselben Scherm auf ...

- üh -

Impressum

Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at

SPARKASSE
Verband Österreich

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Alfred Paleczny, Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ik-rath, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz, Roland Tassler, Dipl.Pol. BA (hons), Mag. Peter N. Thier

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 9.2.2011 redaktionell abgeschlossen.